

Ungelöste Probleme im komplexen Staat-Kirche-Verhältnis in der Tschechischen Republik.

Adalbert-Stiftung setzt Kooperation mit der Tschechischen Botschaft und der Olga-Havel-Stiftung fort

Seine Biographie bildet ein eigenes Kapitel in der Geschichte des Staat-Kirche-Verhältnisses in der tschechischen Republik und zwar in einem doppelten Sinn. Mehr als zwei lange Jahrzehnte war der Theologiestudent und Pfarrer Miloslav Vlk ein Opfer staatlicher Überwachung des kommunistischen Regimes. Die beiden letzten Jahrzehnte jedoch war Kardinal Vlk als Erzbischof von Prag Akteur in einer sehr komplexen Beziehung zwischen der Kirche und der tschechischen Republik. Als Referent eines Kolloquiums versteckte er sein kämpferisches Herz nicht. Zu diesem hatte die Adalbert-Stiftung gemeinsam mit der Tschechischen Botschaft und der Olga-Havel-Stiftung in die tschechische Botschaft in Berlin eingeladen.

Botschafter Rudolf Jindrak erinnerte als Gastgeber an den Lebensweg des Referenten und begrüßte ihn als Zeitzeugen und eine Persönlichkeit von europäischem Rang.

Vorstandsmitglied Sabine Grusa dankte für die Olga-Havel-Stiftung dem Botschafter für die Gastfreundschaft des politischen Abends mit einer so hervorragenden Persönlichkeit. Kardinal Vlk eröffnete seine Ausführungen mit der selbstkritischen Frage, ob das Thema des Staat-Kirche-Verhältnisses in der tschechischen Republik angesichts der aktuellen politischen Lage der Finanzkrise, der arabischen Rebellion und der Tragödie von Japan nicht lediglich ein Randthema sei. Er beantwortete seine Frage indirekt, indem er die moralischen und religiösen Einstellungen in der gegenwärtigen tschechischen Republik beschrieb. „Man kämpft heftig gegen die Korruption, zumal der Zustand der Justiz von einer Justizmafia reden lässt. Und geistliche und religiöse Werte fehlen im Allgemeinen, ihre Grundprinzipien haben kaum Einfluss auf die Menschen.“ Dennoch bestritt er, dass die Tschechen atheistisch seien. Aber sie seien religiös indifferent und sogenannte „Deisten“: sie lassen Gott weit weg von der Welt und von ihrem eigenen Leben existieren. „Es gibt eine große Unwissenheit über Religion und Kirche. Und in der Politik haben wir einige sehr antikirchlich eingestellte Politiker.“

Nach der Wende von 1989 herrschten eine Euphorie über die gewonnene Freiheit und ein Wohlwollen gegenüber der Kirche. Viele Dissidenten hatten in der kommunistischen Zeit die Kirche als Raum der Freiheit erfahren, kamen aber nach der Wende nicht mehr zur

Kirche. „Von der Kirche her waren wir naiv.“ Es kam nicht zur breiten Annäherung von Kirche und Bevölkerung. Innerhalb der Kirche war man mit Strukturreformen, mit Bischofsernennungen – die Kommunisten hatten solche immer wieder verhindert – und mit dem Aufbau einer religiösen Presse beschäftigt. „Es kam 1990 zur Aufnahme von Beziehungen zwischen der damaligen Tschechoslowakei und dem Vatikan. Aber dies war ein Provisorium, das bis heute andauert. Es gibt zwar einen Nuntius, aber keinen grundlegenden Staatsvertrag.“ Staatskirchenrechtliche Teilverträge haben die Einführung von Seelsorge in Armee und Gefängnissen und den Aufbau kirchlicher Einrichtungen etwa für Behinderte ermöglicht. Die Kirche bleibe ökonomisch vom Staat abhängig. Dies sei – so Kardinal Vlk – eine gefährliche Schlinge, weil z.B. jeder Priester eine staatliche Erlaubnis für sein Wirken benötige. „Die Kirche braucht eine wirtschaftliche Basis, damit sie gesellschaftliche Entwicklungen unterstützen kann.“

Das kämpferische Herz von Kardinal Vlk zeigte sich, als er die Frage der Rückgabe kirchlichen Eigentums durch den Staat erörterte. Als Vorsitzender der tschechischen Bischofskonferenz hatte er mit Leitern anderer Kirchen Konzepte für eine Lösung vorgelegt, aber keines davon wurde im Parlament akzeptiert. „Besonders die Kabinette des damaligen Ministerpräsidenten und heutigen Staatspräsidenten Vaclav Klaus von 1992 bis 1997 hatten die Furcht, durch staatskirchenrechtliche Vereinbarungen könne die Machtposition der Kirche gestärkt werden. Und die Regierungen seit 1997 haben keinen politischen Willen zur konstruktiven Lösung der Frage der Restitution.“ Kardinal Vlk verdeutlichte seine Position, dass es trotz verfassungsmäßig verankerter Unabhängigkeit der Kirche vom Staat immer wieder Versuche gab, die Freiheit der Kirche zu beschränken. „Wir haben im Staat-Kirche-Verhältnis also das ungelöste Problem der religiösen Freiheit.“

Die Gäste des Kolloquiums – unter ihnen einige Botschafter – hatten aufmerksam den Ausführungen zugehört und stellten präzise Fragen. Auf die Frage, wie er sich das künftige Staat-Kirche-Verhältnis in der tschechischen Republik vorstelle, antwortete Kardinal Vlk, dass er kein Befürworter einer strikten Trennung von Staat und Kirche sei, sondern diese Beziehung einer klaren Rechtsgrundlage bedarf, auf deren Basis die Kirche selbstständig und unabhängig wirke. Die Frage des Moderators Professor Hans Hermann Henrix, ob man diese Vorstellung unter der Überschrift: „Unterscheidung und Kooperation“ zusammenfassen könnte, bejahte der Gast. Moderator Henrix, Vorstandsmitglied der Adalbert-Stiftung,

erinnerte daran, dass besonders die Eigentumsfrage am St-Veitsdom auf der Prager Burg, die wohl noch immer ein Problem darstelle, die Öffentlichkeit beschäftigt. Als Antwort auf diese Frage zitierte er aus einem Interview, das Kardinal Vlk bei seinem jüngsten Jerusalem-Besuch gegeben hatte. Dort sagte er mit entwaffnender Verständlichkeit: „Eine Diözese ohne Kathedrale ist eine Diözese ohne Herz“. Der Veitsdom „mag als Krönungsort und Begräbnisstätte der böhmischen Herrscher für den Staat wichtig sein“; als Sitz der Prager Erzbischöfe sei er aber „das Zentrum der Kirche“. Mit Selbstbewusstsein fügte er hinzu: „Wir haben sie gekrönt, die Könige. Ein Erzbischof, der einen König krönt, kann nicht dessen Untermieter sein“. Dies ist noch immer die Position des langjährigen Erzbischofs von Prag. Er muss die Lösung des Problems allerdings seinem Nachfolger auf dem Prager Bischofsstuhl überlassen. Das anschauliche Bild vom Erzbischof als Untermieter beendete einen bemerkenswerten Berliner Abend. Die Veranstaltergemeinschaft von Adalbert-Stiftung, tschechischer Botschaft und Olga-Havel-Stiftung hatte damit zum zweiten Mal ein politisches Kolloquium verantwortet. Sie darf sich ermutigt sehen, zu weiteren gemeinsamen Kolloquien einzuladen.

ASK